

Corona und Bildung; frag mal einen Abgeordneten

Dennis Hohloch

Mitglied im Landtag

AFD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Parlamentarischer Geschäftsführer

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Was halten Sie von Masken und/ oder CO2 – Meldern im Unterricht?

Wir lehnen das Tragen von Masken im Unterricht aus infektionspräventiven Überlegungen heraus ausdrücklich ab, weil die Wirksamkeit – insbesondere im Falle der weitverbreiteten Behelfsmasken aus Baumwolle oder Seide bzw. für medizinische Masken – wissenschaftlich nicht bestätigt ist. Diese Auffassung wird nicht nur durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte geteilt; auch die Landesregierung scheint von der Schutzwirkung nicht überzeugt, wenn sie in der derzeit gültigen Umgangsverordnung, die das Maskentragen im Schulhaus außerhalb des Unterrichts vorsieht, ausdrücklich darauf hinweist, dass die genutzten Mund-Nase-Bedeckungen „*unabhängig von einer Kennzeichnung oder zertifizierten Schutzkategorie*“ getragen werden könnten. Abgesehen davon würde eine mögliche Ausweitung der Maskenpflicht auf den Unterricht massive Auswirkungen auf den Lehr-Lern-Prozess mit sich bringen, weil es die Kommunikation einschränkt. Das ist insbesondere im Bereich des Fremdsprachenunterrichts ungünstig und beim Unterrichten kleiner Schüler.

Wir sagen: Wer immer eine Maske aufsetzen möchte, weil er sich dadurch sicherer fühlt, soll das ohne Probleme tun können. Eine allgemeine Maskenpflicht, noch dazu während des Unterrichts, lehnen wir aber ab.

Hätte man die Möglichkeit einer Schulschließung nicht vorher besser vorbereiten sollen?

Die Landesregierung hatte unserer Überzeugung nach Mitte März keine andere Möglichkeit, als den regulären Schulbetrieb vorerst einzustellen, weil zu diesem Zeitpunkt keine gesicherten Informationen über die Gefährlichkeit des Virus vorlagen. Insofern war Vorsicht sicherlich besser als Nachsicht. Die Entscheidung wurde von der AfD zunächst mitgetragen. Viel gravierender als die Schulschließungen selbst war jedoch, dass der Wiedereinstieg von der Heimbeschulung in den Präsenzunterricht viel zu spät in Angriff genommen wurde. Aus dem Ministerium waren wochenlang keine Impulse zu vernehmen, geschweige denn, dass ausgereifte Konzepte vorgelegt worden wären.

Die AfD hatte bereits Anfang April ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, auf dessen Grundlage die Wiederaufnahme des Schulbetriebs 1. effektiv, 2. unkompliziert, 3. sicher und 4. zeitnah hätte erfolgen können. Wir haben die Landesregierung und die übrigen im Landtag vertretenen Parteien ausdrücklich dazu eingeladen, diese Vorschläge gemeinsam mit uns zu diskutieren, um zu optimalen Lösungen zu kommen, dem Recht auf Bildung für alle zum Durchbruch zu verhelfen und vor allem die Eltern und Familien zu entlasten. Diese Einladung wurde leider ausgeschlagen. Infolgedessen wurden nach unserer Überzeugung schwere und unnötige Fehler begangen, die insbesondere Kinder im Grundschulalter hart getroffen haben, da diese als Letzte an die Schulen zurückgeholt wurden und nicht – wie beispielsweise in Dänemark, Norwegen oder Island aus guten Gründen praktiziert – als Erste.

Was ist Ihre Meinung zum Umgang mit den Prüfungen (Abitur, P10) die unter Corona Bedingungen geschrieben werden mussten?

Wir haben Verständnis dafür, dass viele Zehntklässler die Durchführung der Prüfung nicht begrüßten. Die Berichterstattung und die Wortbeiträge von Landespolitikern haben kräftig dazu beigetragen, Angst und Unsicherheit zu schüren. Andererseits konnte bereits im Vorhinein durch entsprechende Konzepte sichergestellt werden, dass die Durchführung der Prüfungen keine gesundheitlichen Risiken mit sich brachte.

Waren die Schulen angemessen für das Distanzlernen ausgestattet?

Nein. Wir wissen, dass viele Kinder und Jugendliche, vor allem aus sozial schwachen Elternhäusern, in diesem Bereich dringend Unterstützung gebraucht hätten. Auch das war Teil unseres Maßnahmenpakets vom 7. April. Unser Vorschlag bestand darin, unverzüglich über die Schulen in Erfahrung bringen zu lassen, welche Schüler nur eingeschränkt oder gar nicht am Fernunterricht teilnehmen konnten, weil sie nur eingeschränkt oder gar keinen Zugang zu einem entsprechenden Gerät hatten. Anschließend sollten schuleigene Laptops und andere Geräte unkompliziert, unbürokratisch und rasch als Leihgabe zur Verfügung gestellt werden. Auch das Land hätte wesentlich rascher reagieren müssen. Die nunmehr beantragten Geräte sollen ja erst noch verteilt werden – ganze sieben Monate nach Beginn des ersten Lockdown.

„Unsere Schulen gehören digital auf die Überholspur“, sagte Erik Stohn (SPD). Stimmen Sie dem zu und was wären Ihre Vorschläge um das zu erreichen?

Nicht nur Brandenburg, sondern die gesamte Bundesrepublik hinkt, was die Digitalisierung in der Bildung angeht, anderen europäischen Ländern deutlich hinterher. Für diese Feststellung hätte es aber nicht erst der Erfahrungen während des Lockdown bedurft. Ich finde es erstaunlich, dass gerade die SPD diese Forderung aufstellt, die immerhin seit 30 Jahren als größte Partei im Landtag ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellt und hier völlig versagt hat.

Die Schulen müssen über eine leistungsfähige IT-Infrastruktur verfügen. Das ist das Fundament, auf dem alles Weitere aufgebaut werden kann. Deren Ausbau wird sich aber gerade in berlinfernen, ländlichen Schulen noch hinziehen. Jahrelange Verzögerungen lassen sich eben nicht auf Knopfdruck beseitigen.

So sehr wir die Digitalisierung befürworten, kritisieren wir aber gleichzeitig, dass sie undifferenziert als Allheilmittel für sämtliche Probleme im Bildungsbereich angepriesen wird. Wir verstehen digitalisierte Bildungsangebote als ein Instrument unter vielen, um das Lernen produktiver und effektiver zu gestalten. Es muss über die Potenziale und Grenzen digitaler Bildung diskutiert werden. Anschließend sind aus den Diskussionsergebnissen praktische didaktische und pädagogische Konzepte herzuleiten, die jeweils immer altersangemessene Antworten liefern. Bedenken Sie, dass bereits vor einem Jahrzehnt Laptop-Klassen in den USA und in Großbritannien eingeführt wurden. Damals galten sie als der neueste Schrei. Viele dieser Klassen mussten anschließend wieder eingestampft werden, weil entgegen der Erwartungen eben nicht die Lerneffekte erzielt werden konnten, die man sich bei deren Einrichtung versprochen hatte. Und eines ist ganz sicher klar: Guter Unterricht steht und fällt mit der sozialen Interaktion zwischen Lehrer und Schüler.

Darüber sind wir rigorose Verfechter von Grundschulen, die sich als vorwiegend „digitalfreie Oasen“ verstehen. Zumindest in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 sollten Schüler zunächst analog arbeiten und die grundlegenden Kulturtechniken – Lesen, Schreiben und Rechnen – erlernen, automatisieren und sicher beherrschen. Wenn aber ein immer größerer Anteil brandenburgischer Schüler nicht vernünftig lesen, schreiben oder rechnen kann, dann ist das inakzeptabel und unseres Landes unwürdig.

Sehen Sie die Schulcloud vom HPI als zukunftsweisend an?

Was müsste noch erfolgen, um diese effektiv auch in den Schulalltag einzubinden?

Das muss sich erst noch beweisen. Was ich allerdings von Schülern und Lehrern bislang gehört habe, stimmt mich positiv. Allerdings sollten wir in Brandenburg aufhören, als hätten wir mit dieser Schulcloud das Rad neu erfunden. In anderen Bundesländern wird seit Jahren erfolgreich mit anderen Plattformen anderer Anbieter gearbeitet. Manchmal hilft auch ein Blick über den brandenburgischen Tellerrand hinaus.

Welche regulatorischen Änderungen müssten noch erfolgen, um im Schulalltag grundsätzlich effektiv digital arbeiten zu können?

Mir ist insbesondere wichtig, dass dem Thema „Datenschutz“ eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird und alle im Raum stehenden Fragezeichen zeitnah beseitigt werden. Lehrer, Schüler und Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass die Arbeit mit der Plattform hundertprozentig sicher ist und kein Schindluder mit persönlichen Daten getrieben werden kann. Mit scheinen da noch nicht alle Bedenken restlos ausgeräumt worden zu sein.

Und dann spielt insbesondere für die Lehrer die Frage der Arbeitszeit eine wichtige Rolle. Digitalisierung wird – gerade auch seitens der Politik – als Entlastung dargestellt. Meine Erfahrungen sind da andere. Schon jetzt arbeiten viele Lehrer am Rande der Belastungsgrenze oder haben diese bereits überschritten. In einigen Fällen sehen es Schulleitungen als eine Selbstverständlichkeit an, kurzfristige Informationen und Arbeitsaufträge zu verschicken – auch am Wochenende und an Feiertagen. Das geht nicht. Niemand kann erwarten, dass Lehrer, aber auch Schüler, rund um die Uhr digital erreichbar sind. Hier sollten landesweit einheitliche Arbeitszeitbestimmungen festgelegt werden, die einer weiteren Entgrenzung der Arbeitszeit einen Riegel vorschieben.

Halten Sie es für sinnvoll, digitale Lernplattformen oder alte Prüfungsaufgaben in digitaler Form für ein selbständiges Lernen zu ermöglichen?

Selbstverständlich. Alles, was das selbstständige Lernen und den Lernprozess insgesamt unterstützen kann, sollte genutzt. Wenn es darüber hinaus auch gerne in Anspruch genommen wird, umso besser.

Wenn Sie eine Schulnote für den Umgang mit der Pandemie im schulischen Betrieb und in der Schulpolitik im Land Brandenburg geben müssten, welche wäre das und warum?

(Einzelbenotungen sind möglich)

Ich würde sagen: Die Bildungsministerin und ihr Team sind stark versetzungsgefährdet. Eine gute Politik setzt vier wesentliche Dinge voraus: eine vorausschauende und transparente Planung; die Einbeziehung der Opposition und aller Betroffenen – also Schüler, Lehrer und Eltern; die Bereitschaft, zuzuhören und letztlich: die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme. Von all diesen Dingen habe ich in den letzten Monaten kaum bis gar nichts erkennen können. Niemand hat die Wahrheit gepachtet und niemand sollte für sich in Anspruch nehmen, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Eine fundierte Auseinandersetzung, der Austausch von Argumenten – hart in der Sache, aber ohne persönliche Untergriffe – ist das Wesensmerkmal unseres parlamentarischen Systems. Mit Leben gefüllt wurde es in den vergangenen Monaten nicht. Und bei allem gilt: Wir arbeiten zum Wohle der Schüler, Lehrer und der Eltern. Das sollten wir bei allen Unterschieden immer im Auge behalten.